

## editorial

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Broschüre erleben wir mit der Drohung der Vernichtung von über 30.000 Arbeitsplätzen in den nächsten drei Jahren einen weiteren Erpressungsversuch des Telekom-Vorstandes. Die Adressaten sind wieder Gewerkschaft und Bundesregierung: Während zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitere vertragliche Zugeständnisse durchgesetzt werden sollen, werden für Beamtinnen und Beamte Rechtsgrundlagen zur vorzeitigen "Zurruhesetzung" verlangt – auf Staatskosten, versteht sich.

Nach der Privatisierung von Post, Postbank und Telekom wurde die Ökonomisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge mit Nachdruck weiter betrieben. Auch die Rot-Grüne Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen verfolgten eine Politik der Ausweitung privater Eigentumsrechte, der Privatisierung des öffentlichen Sektors. Mit Formeln vom schlanken Staat, der Zurückstufung vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat, vom aktiven zum aktivierenden Staat, soll der Kapitalismus von Fesseln der demokratischen Einflussnahme befreit werden.

Zur Privatisierung des öffentlichen Sektors haben die Gewerkschaften auch heute noch keine einheitliche politische und strategische Position. Sie verteidigen bestenfalls den status quo des öffentlichen Sektors gegen die Vermarktlichung, bleiben aber im übrigen in der Wettbewerbsideologie befangen. Dem Angriff auf die Errungenschaften des Sozialstaates wird jedoch gewerkschaftlich nicht erfolgsversprechend mit sozialpartnerschaftlicher Haltung entgegenzutreten sein.

Die Broschüre weist u.a. auf den engen zeitlichen und politischen Zusammenhang zwischen der Privatisierung von Post, Postbank und Telekom und internationalen Entwicklungen, wie der Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes hin. Dies und die Erfahrungen mit den Parteien in Bundestag und Bundesrat, vermeintlichen Bündnispartnern gegen Zerschlagung und Privatisierung der ehemaligen Deutschen Bundespost, bilden gewerkschaftliche Erfahrungen ab, die nicht zweimal gemacht werden müssen. Für Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher bilden die aufgearbeiteten Erfahrungen und Folgen der Privatisierung zehn Jahre danach eine Grundlage, um den zukünftigen gewerkschaftspolitischen Widerstand gegen die Überführung öffentlicher Einrichtungen in den Kapitalverwertungsprozess zu stärken.

Ewald Wehner

Herausgeber; ehemaliges Mitglied im Geschäftsführenden  
Hauptvorstand der früheren Deutschen Postgewerkschaft (DPG)